

DIE GROSSEN EUROPÄISCHEN LÄNDER ZIEHEN DIE FÄDEN

hus. · Der Bericht der OECD spiegelt einige Elemente eines Berichtes der EU-Kommission vom vergangenen Dezember. Das ist kein Zufall. In beiden Gremien spielen laut Beobachtern grosse westeuropäische Länder (vor allem Frankreich und Deutschland, zum Teil auch Grossbritannien) die Hauptrollen. Die OECD und die von der Organisation bediente G-20 sind für die grossen Westeuropäer ein dankbares Vehikel zur Thematisierung ihrer Steuersorgen. Im Vergleich zum besagten EU-Bericht, der unter anderem die kantonalen Steuerregimes für Spezialgesellschaften im Visier hat, enthält der OECD-Bericht kaum Schweiz-spezifische Elemente. Steuerliche Sonderregimes sind «nur» eines von sechs Kernthemen des OECD-Papiers.

Aus Schweizer Sicht gilt die EU-Schiene im Prinzip als die bedeutendere, der OECD-Ansatz ist das «kleinere Übel», weil die OECD nach weltweiten Standards strebt - womit zumindest theoretisch «gleich lange Spiesse» gelten sollen. Die Schweiz wird auch von diversen OECD-Themen (wie etwa Transferpreise und die doppelte Nichtbesteuerung) erheblich betroffen sein.

Auch aus Schweizer Sicht ist anzuerkennen, dass der OECD-Bericht Probleme internationaler Steuerschlupflöcher thematisiert. Dazu gehören etwa die Gewinnverschiebungen internationaler Firmen in Länder ohne grosse reale Konzernaktivitäten, aber auch die steuerliche Bevorzugung ausländischer Gewinne. Die Schweiz befürchtet allerdings, dass grosse Länder die Modelle der kleinen abwürgen, selber aber ungeschoren davonkommen wollen. Ein beunruhigendes Beispiel bieten die laufenden OECD-Diskussionen über «schädliche Steuerpraktiken». Dabei sollen erstmals auch Steuerpraktiken unterhalb der nationalen Stufe (sprich: kantonale Regimes) ins Visier kommen, doch die Regeln der US-Gliedstaaten sind dem Vernehmen nach von den Diskussionen ausgenommen - unter der fadenscheinigen Begründung, dass die Steuererträge von US-Gliedstaaten nicht so bedeutend seien. Die Schweiz möchte zudem, dass nicht nur Steuerprivilegien, sondern auch direkte oder indirekte Subventionen (die sozusagen Negativsteuern entsprechen) thematisiert werden; dort sündigen grosse Länder wie Frankreich laut helvetischen Ansichten weit stärker als die Schweiz.

Unklar ist derweil, wie weit die Harmonisierungsabsichten der grossen Europäer noch gehen. Am liebsten würden einige Länder wohl auch eine materielle Harmonisierung mit der Vorgabe eines Minimalsteuersatzes durchsetzen. Vorderhand steht dies noch nicht auf der Agenda, doch sollte die Verschuldung gewisser Staaten noch weiter deutlich zunehmen, kann sich das einmal ändern.

Hinter der hehren Rhetorik von OECD-Berichten stecken typischerweise machtpolitische Realitäten. Das kann man bedauern, doch so ist das Leben.